

(A)

**Beginn: 10.06 Uhr**

**Präsidentin Friebe:** Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie recht herzlich zur 40. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. In meinen Gruß beziehe ich die Gäste auf der Zuschauertribüne ebenso wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Presse, Rundfunk und Fernsehen ein.

Für die heutige Sitzung haben sich 13 Abgeordnete entschuldigt; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Landtag Nordrhein-Westfalen erlebt heute ein historisches Datum: Am 2. Oktober 1946, vor genau 45 Jahren, trat der Landtag erstmals zusammen, und zwar im Opernhaus der Stadt Düsseldorf. Die 200 Abgeordneten waren von der britischen Besatzungsmacht ernannt, nicht von der Bevölkerung gewählt worden. Es war dennoch ein demokratischer Neubeginn nach zwölf Jahren Nazi-Diktatur, nach Krieg und unvorstellbaren Verbrechen. Die Aufgaben, die sich dem Landtag stellten, schienen schier unüberwindlich: Hunger und Elend, zerbombte Städte, Wohnungsnot, Millionen von Flüchtlingen, zerstörte Industrieanlagen und drohende Demontagen. Dazu kam das moralische Elend nach den zwölf Jahren der Nazi-Herrschaft.

(B)

Nordrhein-Westfalen hat in diesen Jahren einen beschwerlichen, aber auch erfolgreichen Weg zurückgelegt, und dieser Landtag, meine Damen und Herren, die Vertretung der nordrhein-westfälischen Bevölkerung, hat dabei ganz entscheidende politische Weichen gestellt. Nordrhein-Westfalen war das industrielle Schwungrad, ohne dessen Energie das vielbestaunte Wirtschaftswunder der Bundesrepublik Deutschland nicht möglich gewesen wäre.

Seitdem mußte ein schwieriger wirtschaftlicher Strukturwandel bewältigt werden. Es wurden die Grundlagen gelegt, daß Nordrhein-Westfalen als modernes Industrieland, das Ökologie und Ökonomie zu verbinden sucht, eine wichtige Rolle in Deutschland und in einem geeinten Europa spielen wird.

Wir stehen heute in einem größeren Deutschland vor neuen Aufgaben: Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit,

(C)

Gefährdung der Umwelt, dem Zuzug von Hunderttausenden von Menschen, die bei uns Zuflucht suchen. Diese Probleme wiegen schwer, sie erfordern die Anspannung aller Kräfte; aber sie sind nicht mit den Problemen von 1946 zu vergleichen. Um so mehr müssen soziale Gerechtigkeit und Anstand Maßstäbe unseres politischen Handelns sein. Das sage ich ganz bewußt vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion, auf die wir am Freitag zurückkommen werden.

Der 2. Oktober 1946 erinnert uns an die Anfänge von Demokratie und Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland. Mit dem heutigen Tag und der Erinnerung an den 2. Oktober 1946 bringt der Landtag Nordrhein-Westfalen seinen politischen Willen zum Ausdruck, die Zukunft unseres Landes in Freiheit und innerem und äußerem Frieden zu gestalten.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren! Vor Eintritt in die Tagesordnung teile ich Ihnen mit, daß die Fraktion der F.D.P. mit Schreiben vom gestern beantragt hat, den Punkt 3 unserer heutigen Tagesordnung - Stichwort: Kindertageseinrichtungen - von der Tagesordnung abzusetzen.

Die Begründung dieses Antrages lautet:

(D)

Die Beratungen im Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie haben gezeigt, daß wesentliche Grundlagen wie zum Beispiel die Bedarfsanalyse der Kindergartenplätze oder die Analyse der finanziellen Auswirkungen für die Träger und Gemeinden nicht vorhanden sind, so daß eine sachgerechte Entscheidung über den Gesetzentwurf der Landesregierung in zweiter Lesung nicht zu erwarten ist.

Gemäß § 40 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung lasse ich über diesen Absetzungsantrag abstimmen.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Frau Präsidentin!)

**Präsidentin Friebe:** Herr Vesper, bitte schön! Sie haben das Wort zur Geschäftsordnung.

(A)

**Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE)** (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Gesetzentwurf, über den wir heute debattieren sollen, hat mit dem ursprünglichen vom Mai dieses Jahres in entscheidenden Punkten nur noch wenig zu tun. Stellen Sie sich vor, Sie kaufen ein Auto,

(Abgeordneter Aigner [SPD]: Das ist umweltschädlich!)

sehen es in seiner ganzen Schönheit im Werk, lassen es von einem Experten sichten, anschließend baut das Werk einen anderen Tank ein, ein Spoiler wird montiert - -

(Unruhe)

**Präsidentin Friebe:** Herr Vesper, ich hatte Sie gebeten, zur Geschäftsordnung zu sprechen. Bitte sagen Sie etwas zum Verfahren.

**Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE):** Ich spreche zur Geschäftsordnung. Ich versuche zu begründen, daß unsere Fraktion eigentlich eine dritte Lesung dieses Gesetzentwurfes für erforderlich hielte, weil nämlich dieser Gesetzentwurf, den wir heute debattieren sollen, ein anderer ist als der, der uns zur ersten Lesung vorlag. Wir haben heute nicht die zweite Lesung des Gesetzentwurfes, der im Mai eingebracht wurde, sondern wir haben die erste Lesung eines völlig überarbeiteten Gesetzentwurfes.

(Beifall bei GRÜNEN und F.D.P. - Widerspruch bei der SPD)

Wenn wir einen völlig erneuerten Gesetzentwurf haben, ist es parlamentarisch üblich, daß sich der Ausschuß mit Experten über diesen Gesetzentwurf unterhält und diesen Gesetzentwurf prüft. Dieses ist im vorliegenden Verfahren nicht möglich gewesen und sollte auch nicht möglich gemacht werden.

(Abgeordneter Büsow [SPD]: Das ist ein Angriff auf das Parlament!)

(C)

Wir haben deswegen erwogen, eine dritte Lesung zu beantragen. Diesen Antrag stellen wir einzig und allein aus folgendem Grunde nicht: Die SPD-Fraktion hat uns signalisiert, daß sie die dritte Lesung für Freitag, den 4. Oktober, als einen der ersten Tagesordnungspunkte durchsetzen und damit gerade nicht ermöglichen wird, daß noch eine Anhörung sowie eine Ausschußberatung stattfinden sollen. Das würden wir als eine Farce im parlamentarischen Verfahren empfinden,

(Beifall bei den GRÜNEN - Widerspruch bei der SPD)

weil über einen derart überarbeiteten Gesetzentwurf eine Ausschußberatung mit Experten und Expertinnen möglich sein müßte.

(Erneuter Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Friebe:** Herr Dr. Vesper!

**Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE):** Ich bin sofort fertig. - Weil wir aber den daraus folgenden Ansehensverlust des Parlamentes nicht in Kauf nehmen wollen, haben wir davon abgesehen, den Antrag auf eine dritte Lesung zu stellen. Bei dem Antrag der F.D.P.-Fraktion, der aus unserer Sicht insoweit inkonsequent ist, werden wir uns der Stimme enthalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Friebe:** Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Hilgers für die Fraktion der SPD!

**Abgeordneter Hilgers (SPD)** (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Vesper, der Gesetzentwurf hat durch die Änderungsbeschlüsse des Ausschusses Veränderungen erfahren,

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: In der Tat!)

(D)

(A) (Hilgers [SPD])

die auf der Anhörung beruhten, keine anderen. Alle Änderungsvorschläge beruhen auf Vorschläge aus der Anhörung. Wir machen eine solche Anhörung ja nicht, damit man anschließend einen Gesetzesentwurf nicht mehr verändern darf,

(Beifall bei der SPD)

sondern wir haben doch das ausdrückliche Ziel, diesen Dialog zu suchen. Das ist geschehen, und das finde ich auch gut so. Der Gesetzesentwurf liegt dem Landtag seit fünf Monaten vor.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Aber nicht dieser Gesetzesentwurf!)

Das ist genügend Zeit, aber auch erforderlich, um einen solchen Gesetzesentwurf zu beraten. Wir finden, daß der Gesetzesentwurf verabschiedungsreif ist. Die Menschen draußen im Lande warten auf die Neuregelung. Deswegen werden wir diesen Gesetzesentwurf heute beraten.

(Beifall bei der SPD)

(B) **Präsidentin Friebe:** Zur Geschäftsordnung erteile ich jetzt das Wort der Frau Abgeordneten Witteler-Koch.

**Abgeordnete Witteler-Koch (F.D.P.):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das einzig Richtige an der Stellungnahme von Herrn Hilgers war, daß die Menschen auf ein neues Kindergartengesetz warten.

Ich darf zur Begründung unseres Antrags noch anfügen, daß der jetzt vorliegende Gesetzesentwurf nicht mehr dem entspricht, was wir im Mai in erster Lesung vorgelegt bekommen haben.

(Widerspruch bei der SPD)

Dabei geht es nicht um Änderungsvorstellungen, die sich aus der Anhörung ergeben haben, sondern es geht um Änderungsvorschläge der SPD-Mehrheitsfraktion, die schon vor der Anhörung vorgelegen haben. Insofern haben wir eine ganz andere Aus-

gangssituation, als Sie sie jetzt hier darzustellen versuchen.

Es gibt Änderungen zu den Änderungen der Änderungen. Das wäre ja demokratisch und entspräche dem Parlament, wenn es eine Debatte hätte geben können, an der alle Einzubeziehenden tatsächlich auch hätten beteiligt werden können. Das war nicht der Fall. Es kommen tagtäglich Zuschriften von Kommunen, Trägern etc., die sagen: So darf das Gesetz nicht verabschiedet werden.

Wir wollen nicht mehr, als daß noch einmal in der Sache verhandelt wird.

(Beifall bei der F.D.P.)

**Präsidentin Friebe:** Zur Geschäftsordnung erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Rösenberg von der Fraktion der CDU das Wort.

**Abgeordneter Rösenberg (CDU):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die CDU-Landtagsfraktion lehnt den Antrag der F.D.P. ab. Der Wunsch, zusätzliches Zahlenwerk vorzulegen, ist keine reale Begründung, um das Gesetzgebungsverfahren auszu-

(Abgeordneter Dr. Rohde [F.D.P.]: Haben Sie Ihren eigenen Antrag schon gelesen?)

Die CDU-Landtagsfraktion hat die sicherlich umfassenden Änderungsanträge der SPD, denen wir in Teilbereichen zustimmen - das wird heute nachmittag deutlich -, zur Kenntnis genommen. Es war unsere Aufgabe und unsere Pflicht - und dieser Pflicht sind wir als CDU nachgekommen -, uns umfassend mit diesen Änderungsanträgen zu beschäftigen und selbst umfassende Änderungsanträge vorzulegen, die heute zur Verabschiedung anstehen.

(Beifall bei CDU und SPD)

**Präsidentin Friebe:** Vielen Dank.

(C)

(D)

(A) (Präsidentin Friebe)

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der F.D.P., Punkt 3 von der Tagesordnung abzusetzen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke schön. Wer enthält sich der Stimme? - Dann ist der Antrag mit den Stimmen der SPD und der CDU bei Enthaltung der GRÜNEN abgelehnt.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Die GRÜNEN haben wieder einmal keine Meinung!)

Wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen Tagesordnung ein.

Ich rufe Punkt 1 auf:

Fragestunde

Drucksache 11/2461

In der oben genannten Drucksache liegen Ihnen die Mündlichen Anfragen 187 und 190 aus der letzten Fragestunde vom 12. September 1991 sowie die Mündlichen Anfragen 194 bis 208 vor.

(B)

Ich rufe zunächst die

Mündliche Anfrage 187

des Herrn Abgeordneten Dr. Vesper von der Fraktion DIE GRÜNEN auf:

#### *Langzeitwirkung von Dioxin*

*In der WDR-Sendung "Blickpunkt" führte Ministerialrat Weber als zuständiger Experte des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 16. August 1991 aus: "Wir wissen über die Langzeitwirkung von Dioxin sehr wohl Bescheid. Es gab den Unfall von Seveso, es gab Unfälle in chemischen Fabriken, wo Arbeiter mit Tausenden von Nanogramm Dioxinen belastet wurden, und da wissen wir sehr genau, was bei den Langzeitwirkungen herauskommt. Bei Seveso ging zum Beispiel die Chlorakne als einziges wirklich greifbares*

(C)

*Symptom der Dioxinbelastung fast in allen Fällen wieder zurück."*

*Dieser ministeriellen Verharmlosung, mit der das Dioxinproblem auf die Ebene einer vorübergehenden Hautreizung heruntergespielt wird, stehen die Erkenntnisse der internationalen Wissenschaft über die Folgen des Supergiftes Dioxin, aber auch zahlreiche Aussagen des nordrhein-westfälischen Umweltministers über die "Zeitbombe Dioxin" gegenüber; erinnert sei ebenfalls an die SPIEGEL-Serie zu den Folgen des Umgangs mit Dioxin im August 1991.*

*Stimmt die Landesregierung mit den zitierten Aussagen ihres Beamten überein?*

Ich bitte den Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales um Beantwortung.

**Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Heinemann:** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der zitierte Beamte hat in einem längeren Interview die Zusammenhänge zwischen höheren Dioxinexpositionen und Gesundheitsgefährdungen ausführlich dargestellt.

(D)

Zu der Frage der Langzeitwirkung von Dioxin hat sich der Beamte auf die wissenschaftlich gut abgesicherten Daten gestützt. Die folgenden Ausführungen geben die Auffassung von Sachverständigen des Bundesgesundheitsamtes und namhafter Wissenschaftler wie z. B. von Prof. Neubert, einem international anerkannten Toxikologen und Dioxin-Experten der Freien Universität Berlin, wieder.

Es liegen aus internationalen wissenschaftlichen Untersuchungen Daten von Langzeitwirkungen hoher und höchster Konzentration von Dioxinen vor. Selbst bei diesen Konzentrationen wurden außer der Chlorakne bestenfalls nicht gesicherte Befunde festgestellt. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß es sich vorwiegend um in der Pestizidproduktion Beschäftigte und damit einer Mischexposition ausgesetzte Chemiarbeiter handelt.

Die einzige Population, die dem giftigsten Bestandteil des üblicherweise vorkommenden Dioxin- und Furanmisches, nämlich dem 2,3,7,8-TCDD, ausgesetzt